



---

## Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

44. Sitzung (nicht öffentlich)

22. September 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.15 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenographin: Dr. Hildegard Müller

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 **Große Ankündigungen, keine Taten - wo bleibt der Umweltpakt für NRW?**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/3967

1

Der Ausschuß kommt überein, diesen Punkt in der Sitzung am 20. Oktober 1999 zu diskutieren, wenn das Ministerium einige schriftlich formulierte Fragen der CDU beantwortet habe.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 4200

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft  
in Verbindung damit

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1999 bis 2003**

Unterrichtung durch die Landesregierung  
Drucksache 12/4201

1

Die Einführung in den Haushalt erfolgt schriftlich (s. Vorlage 12/2879).

**3 Situation bei der Altlastensanierung in Nordrhein-Westfalen**

2

TOP 3 wird vertagt.

**4 "Jahr-2000"-Problem: Wie ist die nordrhein-westfälische Industrie vorbereitet?**

2

Der Bericht der Landesregierung liegt mit Vorlage 12/2921 vor.

**5 Durchführung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 32 der Geschäftsordnung des Landtags zum Thema "Abwasser"**

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

3

Der Ausschuß beschließt die Fragenkomplexe, den Kreis der Sachverständigen sowie den Termin - 10. November 1999, 9.30 Uhr - der Anhörung.

**6 Gerechte Lastenverteilung bei der Finanzierung von Deichbaumaßnahmen**

6

Die Landesregierung berichtet in Vorlage 12/2922.

**7 Herstellung des Einvernehmens im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens Flugplatz Essen/Mülheim gemäß § 19 a Landesplanungsgesetz**

Vorlage 12/2924

7

TOP 7 wird vorbehaltlich der Zustimmung des Präsidenten des Landtags NRW auf den 29. September 1999, 9.30 Uhr, vertagt.

**Nächste Sitzung: 29. September 1999**

\*\*\*\*\*



### Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Vorsitzender Klaus Strehl mit, daß die CDU gebeten habe, über ihren Antrag "Große Ankündigungen, keine Taten - wo bleibt der Umweltpakt für NRW?" heute noch nicht abzustimmen. Formal bedeute dies, daß TOP 1 nicht, wie ursprünglich angekündigt, in öffentlicher, sondern in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werde.

#### 1 Große Ankündigungen, keine Taten - wo bleibt der Umweltpakt für NRW?

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/3967

Hans Peter Lindlar (CDU) schlägt vor, daß die CDU zu diesem Tagesordnungspunkt in schriftlicher Form einige Fragen an das Ministerium richte. Wenn die Fragen beantwortet und allen Ausschußmitgliedern zugänglich gemacht worden seien, könne dieser Punkt im Ausschuß diskutiert werden.

Vorsitzender Klaus Strehl stellt Einvernehmen fest, so zu verfahren. - Ministerin Bärbel Höhn sagt die Beantwortung der Fragen bis zur Sitzung am 20. Oktober 1999 zu.

#### 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/4200

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

in Verbindung damit .....

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1999 bis 2003**

Unterrichtung durch die Landesregierung  
Drucksache 12/4201

Vorsitzender Klaus Strehl teilt mit, daß der Ältestenrat den Terminplan für die Beratungen des Haushaltsgesetzes 2000 im Plenum wie folgt festgelegt habe: Die zweite Lesung finde am

13. und 14. Dezember 1999 statt und die dritte Lesung am 17. Dezember 1999. Der Haushalts- und Finanzausschuß werde am 2. Dezember 1999 abschließend beraten. Das bedeute, daß der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung in seiner Sitzung am 10. November 1999 die abschließende Beratung durchführen müsse.

**Hans Peter Lindlar (CDU)** weist darauf hin, daß der Erläuterungsband zum Haushalt noch fehle. - Die **Ministerin** sagt zu, diesen so schnell wie möglich vorzulegen.

Der **Ausschuß** ist einverstanden, den Einführungsvortrag der Ministerin schriftlich entgegenzunehmen (s. Vorlage 12/2879).

**3 Situation bei der Altlastensanierung in Nordrhein-Westfalen**  
Bericht der Landesregierung

- wird vertagt -

**4 "Jahr-2000"-Problem: Wie ist die nordrhein-westfälische Industrie vorbereitet?**

**Vorsitzender Klaus Strehl** verweist auf Vorlage 12/2921, in der die Landesregierung Bericht erstatte.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** führt aus, daß im Bericht die Rede von einer umfangreichen Unterrichtung der Unternehmen sei; auch ein Fragebogen sei den Unternehmen zugegangen. Er fragt nach der Rücklaufquote dieses Fragebogens.

**MR Krüner (MURL)** antwortet, daß in Nordrhein-Westfalen etwa 1.800 Anlagen, die der Störungsfallverordnung unterlägen, besonders relevant sein könnten. Exakte Zahlen über den Rücklauf lägen ihm noch nicht vor. Aber alle Betriebe hätten den Erlaß und die Informationen des Ministeriums erhalten. Auch die Verbände wie beispielweise der VCI seien beteiligt, die große Teile des Erlasses für Veröffentlichungen übernommen hätten. Zur Zeit sammle man die Rückläufe von den Staatlichen Umweltämtern.